

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (JEP)

Gefördert durch das Bundesministerium für Auswärtige
Angelegenheiten, Sektion VII

Herausgeber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten

Redaktion: Klaus Derkowitsch, Manfred Horvat, Franz Kolland, Herwig Palme

Redaktions-
adresse: Journal für Entwicklungspolitik, Resselg. 5/25
1040 Wien, Tel.Nr.: (0222) 65 42 96

Medieninhaber
(Verleger): SÜDWIND - Buchvertrieb für Entwicklungspolitik Ges.m.b.H.,
Tuchlauben 13, 1010 Wien

Preise: Einzelheft öS 50,-/DM 9,-;
Jahresabonnement (4 Hefte) öS 180,-/DM 32,-;
Für Studenten mit Inskriptionsnachweis: öS 120,-/DM 22,-;
Abonnement für Mitglieder des Mattersburger Kreises: Ordentliche Mitglieder (inkl. Jahresbeitrag) öS 250,-; Studentische Mitglieder (inkl. Jahresbeitrag) öS 150,-.

Bestellung
bitte an: SÜDWIND - Buchvertrieb für Entwicklungspolitik Ges.m.b.H.,
Tuchlauben 13, 1010 Wien (Eingang: Kleeblattgasse 4), Länderbank, Kto-Nr.: 219-103-930

Alle Rechte vorbehalten. Auch Übersetzung und fotomechanische Vervielfältigungen (Fotokopie, Mikrokopie, Microfiche) von Beiträgen oder Teilen daraus bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verlages.

Graphik: Peter Jurkowsch

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: SÜDWIND-Buchvertrieb für Entwicklungspolitik Ges.m.b.H., 1010 Wien, Tuchlauben 13. Geschäftsführer: Günther Raunjak, Dr. Heinz Gabler. Aufsichtsrat: Ulrich Trinks, Martin Jäggle, Dr. Guido Rütthemann, Gerhard Kofler, DVW. Ulrich Pleger, Wolfgang Schindegger, Manfred Schmid, Gesellschafter: Österr. Informationsdienst für Entwicklungspolitik, Institut für Internationale Zusammenarbeit und andere. Grundlegende Richtung: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über entwicklungspolitische Praxis.
Verlags- und Herstellungsort: Wien

ISBN 3 900592 00 4

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK (JEP) Heft 1, 1985

Seite

Vorwort des Herausgebers

..... 1

Editorial

..... 2

ARTIKEL

Relief Instead of Development Aid

.....Gunnar Myrdal 4

Reflecting on Development: Insular Theories

and Global PretentionsArora Satish 13

OPEC - The Making and Breaking of a "Monopoly"

.....Kunibert Raffer 25

BERICHTE

Bedingungen für die Förderung von Bildungspro-

jekten im Rahmen der österreichischen EntwicklungshilfeHermann Spirik 43

Das Herumdoktern am "freien Markt Universität"

als BildungshilfeWolfgang Pumpernig 48

Ausländerstudium im Spannungsfeld zwischen Entwicklungs- politik und akademischer Solidarität

.....Manfred Nowak 52

Neun Thesen zum Ausländerstudium in Österreich

.....Harald Dossi 73

BUCHBESPRECHUNGEN

..... 78

Report, 1979, Washington DC, August 1979, p.11; Ray Dafter, The Erosion of Oil's Real Value, The Financial Times, December 18, 1979 (Reprinted in OPEC-Bulletin, Weekly Digest of World Press, February 18, 1980).

- [20]: Coal's Expanding Energy Role, An Interview with Carl Bagge, Economic Impact, no.37 (1982/1), pp.23 ff.
- [21]: Raffer, 1980, S.35.
- [22]: Marc Nan Nguema, The Current Oil Market, OPEC-Bulletin, October 1982, p.1.
- [23]: OPEC, Annual Statistical Bulletin 1982, p.14.
- [24]: OPEC, Annual Report 1981, p.41.
- [25]: OPEC, Annual Report 1982, p.21.
- [26]: Fahdil J.Al-Chalabi, OPEC Expectations to 1985, OPEC Review, Autumn 1983 (vol.VII, no.3), p.231 (The author is Deputy Secretary General of OPEC).
- [27]: Oscar Braun, Comercio exterior e imperialismo, Mexico 1977.
- [28]: OPEC-Bulletin, October 1983, pp.74 f.
- [29]: Bank fuer Internationalen Zahlungsausgleich, 54.Jahresbericht, Basel 1984, S.109 f.
- [30]: A.Ferroukhi/M.V.Samii/C.Clemen, Allocation of OPEC Production: A Foreign Exchange Requirements Approach, OPEC Review, vol.VII, no.3 (Autumn 1983), p.279.
- [31]: Odell/Rosing, p.203.
- [32]: William D.Nordhaus, The 1974 Report of the President's Council of Economic Advisers: Energy In The Economic Report, American Economic Review, vol.64, no.4 (1974), pp.564 f.
- [33]: Theodore H.Moran, Why Oil Prices Go Up (2), The Future: OPEC Wants Them, Foreign Policy, Winter 1975-76 (no.25), esp.p.76.
- [34]: Ali M.Jaidah, The Challenge Of The Oil Market, OPEC-Bulletin, February 1982, p.3. According to Jaidah the offtakes from high price sources were very substantial, "of the order of 50 to 60 percent". Affected producers reacted by lowering their prices "until they reached the correct level in relation to the market".
- [35]: Jose J.Villamil, Introduction, in: J.J.Villamil (ed), Transnational Capitalism and National Development - New Perspectives on Dependence, Hassocks 1979, p.11; cf. also Carlos Fortin, The State, Transnational Corporations and Natural Resources in Latin America, ibid. pp. 205 ff; or Miguel S.Wionczek, Discussion Statement, in: H.Jaguaribe/A.Ferrer/M.S.Wionczek/T.Dos Santos, La dependencia politico-economica de America Latina, Mexico 1978, p.205.
- [36]: Cf. Fernando Santos-Alvite, Setting The Legal Framework For OPEC Oil Contracts, OPEC-Bulletin, December 1983/January 1984, pp.8 ff.

Kunibert Raffer
Institut fuer Wirtschaftswissenschaften
Universitaet Wien
Dr.Karl Lueger-Ring 1
1010 Wien

Journal für Entwicklungspolitik 1, 1985, S. 43-47

Hermann Spirik

BEDINGUNGEN FÜR DIE FÖRDERUNG VON BILDUNGSPROJEKTEN IM RAHMEN DER ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSHILFE

Erstens: Bildung gehört neben Gesundheit zu den am wenigsten umstrittenen Voraussetzungen für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Entwicklungsländer. Andererseits gibt es keine Förderung oder Einschränkung von Maßnahmen in diesem Sektor, die nicht zu Kontroversen führen könnte. Unterschiedliche Zielsetzungen von Bildungsprogrammen, die Notwendigkeit einer Prioritätensetzung mangels unbeschränkter Ressourcen, aber auch strukturelle Eigenheiten administrativer und politischer Institutionen des Bildungsbereiches bewirken zumindest latent konfliktuelle Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Beteiligten und Betroffenen.

Beispiel 1: Die Internationalität der Universität ist Gegenstand eines Symposium in Linz, Juni 1984, gewesen. Neben der Österreichischen Rektorenkonferenz und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung interessierte sich die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft für diese Frage als Teilaspekt des Problems, welchen Nutzen universitäre Lehre und Forschung für die (exportorientierte) Wirtschaft hat.

Die Stoßrichtung des grenzüberschreitenden österreichischen Interesses ging bei dieser Gelegenheit allerdings nicht - dem Anspruch der Universität entsprechend - nach allen Richtungen, sondern vor allem in die westlichen Industrieländer. Es gelte vor allem dem drohenden Rückstand der wissenschaftlichen Forschung durch verstärkte, persönliche Kontakte hintanzuhalten, denn der Rückstand der österreichischen Forschung werde vor allem an den Errungenschaften des Westens gemessen. Im Verhältnis dazu fanden entwicklungspolitisch motivierte und insofern partikuläre Interessen nur eine marginale Aufmerksamkeit, obwohl es gewichtige Wortmeldungen über die Rolle des Nord-Süd-Gegensatzes für die Zukunft der Menschheit gab.

In diesem Kontext steht auch die Frage des Zuganges von ausländischen

Studenten zu den österreichischen Universitäten. Der Anspruch der Universalität wird mit der Forderung nach dem Menschenrecht auf Bildung, mit internationaler Solidarität, mit der Bereitschaft zum Dialog und mit der Aufforderung zum "Lernen voneinander" verbunden. Tatsache ist, daß beschränkte Studienplatzkapazitäten eine Reihe von Aufnahmehürden verschiedenster Art bewirken, bzw. wenn man will, notwendig gemacht haben. Ein partikuläres entwicklungs(hilfe)politisches Interesse konkurriert somit mit anderen Anliegen, während alle diese einem Anspruch nach Universalität gegenüberstehen.

Beispiel 2: Ein wesentliches Anliegen der österreichischen Entwicklungshilfe ist die Förderung benachteiligter und unterprivilegierter armer Menschen in Entwicklungsländern. Priorität haben die ärmsten Entwicklungsländer der Erde ("LLDC"), sodaß Stipendienprogramme vor allem für diese Länder entwickelt werden. Tatsache ist, daß die Förderung von Universitätsstudien auf jeden Fall einen elitären Charakter haben muß, da kaum jemand anderem der Zugang zu einer Universitätsqualifikation offensteht. Mit ruhigem Gewissen kann man annehmen, daß ein Student, der aus einem der ärmsten Länder kommt, sicher nicht der dortigen ärmsten Bevölkerungsschicht entstammt. Soll die Elite der ärmsten Länder gefördert werden, in der Annahme, diese werde ihre fachliche Kompetenz zum Wohl der unterprivilegierten Bevölkerung einsetzen? Sollen nicht eher Programme gefördert werden, die direkt dieser Bevölkerung zukommen?

Zweitens: Die allgemeinen Zielvorstellungen der österreichischen Entwicklungshilfepolitik sind im Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungshilfe festgelegt. Die letzte Fassung 1985-87 führt dazu aus:

"Österreich versteht Entwicklungspolitik als Instrument der Vertiefung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den Entwicklungsländern mit dem Ziel, im Rahmen seiner Möglichkeiten die freie Entwicklung der Länder und Menschen der Dritten Welt zu fördern." Diese allgemeinen Zielvorstellungen sind der Rahmen der konkreten Entscheidungskriterien, die auch für Maßnahmen der Bildungszusammenarbeit gelten.

Hervorzuheben sind etwa die Erwartung, daß eine Förderung "die Fähigkeit zur Selbstbestimmung des betreffenden Entwicklungslandes stärken" soll;

Priorität gilt daher auch Vorhaben, die zur Lösung volkswirtschaftlicher Schlüsselprobleme beitragen; der Situation und den Notwendigkeiten des Entwicklungslandes soll entsprochen werden; einheimische Partner im Entwicklungsland sollen von vornherein Verantwortung in geförderten Maßnahmen tragen; den nationalen oder regionalen Entwicklungsplänen kommt bei der Zieldefinition gemeinsamer Projekte besondere Bedeutung zu; eine möglichst hohe Multiplikatorwirkung wird gefordert und durch sorgfältige Prüfungs- und Bewertungsverfahren soll diese Förderungspolitik zum Tragen kommen.

Drittens: Das Dreijahresprogramm für Entwicklungshilfe bezeichnet "Entwicklungsorientierte Ausbildung und Technologieentwicklung" als einen von sechs prioritären Bereichen der sachlichen Schwerpunktbildung und sieht darin eine Voraussetzung für eine wachsende Selbständigkeit der Entwicklungsländer. Neben Maßnahmen, die Bildungsstrukturen in Entwicklungsländern schaffen (z.B. Einrichtung von technischen Schulen, Alphabetisierung) werden projektbezogene Ausbildung als flankierende Maßnahme zu anderen Projektsektoren und auch Ausbildungsangebote für Universitätsstudenten in Österreich und in Entwicklungsländern als förderungswürdig deklariert.

Die Grundsätze der regionalen Schwerpunktbildung sehen vor, Leistungen stärker auf die Sahelzone, den ostafrikanischen Raum und ausgewählte Staaten des südlichen Afrika zu konzentrieren, vor allem auf die am wenigsten entwickelten Länder.

Viertens: Im Universitätsbereich wird die spezifische Zielsetzung der Förderung von Studenten und Wissenschaftlern aus Entwicklungsländern und damit eine Konkretisierung des Nord-Süd-Dialogs verfolgt. Das bedeutet, daß nicht nur der Anspruch der Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer einzulösen ist, sondern auch die Interessen und Fähigkeiten der österreichischen Universitäten oder Forschungsstätten ins Spiel kommen. Programme der Bildungszusammenarbeit müssen, um erfolgreich zu sein, die Voraussetzungen auf beiden Seiten gegeneinander abwägen.

Auf österreichischer Seite, d.h. hauptsächlich an den Universitäten, muß allerdings das Interesse, das Entwicklungsproblemen entgegengebracht wird,

insgesamt gesehen als marginal eingestuft werden; ein wesentlicher Mangel besteht darin, daß das Angebot an wissenschaftlicher Lehre und Forschung, das in Österreich existiert, für entwicklungspolitisch interessante wissenschaftliche Fragestellungen nur bedingt, wenn überhaupt brauchbar ist. Phänomene wie Ausländerfeindlichkeit (auch an den Universitäten) und relativ geringes Interesse an internationalen Beziehungen seien als hemmende Faktoren erwähnt; gestiegene Hörerzahlen, mangelnde personelle, räumliche und materielle Ausstattung werden als Begründung dafür angeboten, warum sich Universitätslehrer nicht für die Betreuung ausländischer Studenten oder Forscher engagieren wollen.

Außerhalb der Universitäten bieten private, sogenannte Betreuungsorganisationen ihre Dienste für ausländische Studenten aus Entwicklungsländern an. Ohne diese Infrastruktur gäbe es keine interessierte österreichische Lobby für Anliegen dieser Zielgruppe.

Fünftens: Das war die österreichische Seite. Wie stehen die Probleme der Entwicklungsländer? Es ist undenkbar, daß Österreich alle Bildungsprobleme der Entwicklungsländer lösen kann. Es wird kaum jemandem einfallen, aus Ländern mit lediglich 10% Einschulungsrate, die 90% nicht eingeschulter Kinder nach Österreich zu holen, um hier einen Volksschulunterricht anzubieten. Durch beschränkte institutionelle und budgetäre Möglichkeiten erweist sich eine Selektion als notwendig. Das gilt auch auf Universitätsstufe, denn auch hier kann der Nachfrage aus den Entwicklungsländern bzw. dem Bedarf nur ungenügend Rechnung getragen werden.

Der österreichischen Seite gegenüber steht die Studentenschaft aus Entwicklungsländern, welche an den Universitäten inskribiert ist. Das waren 1983/84 etwa 4.500 Studierende aus europäischen und außereuropäischen Entwicklungsländern, wobei mehr als die Hälfte aus dem Nahen Osten und zwar überwiegend aus der Türkei, dem Iran und Ägypten kommt und nur ein geringer Teil aus den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens. Die Mehrzahl dieser Studenten verfolgt individuelle Interessen, kommt auf eigene Initiative nach Österreich - auf welchen Umwegen auch immer -; mit der Aufnahme an den Universitäten wird einer Art spontaner sozialen Nachfrage nach Universitätsplätzen entsprochen. Es ist bemerkenswert, daß trotz der Verschärfung der Zulassungskriterien durch das AHStG im letzten Studienjahr

die Zahl der Studenten aus Entwicklungsländern beträchtlich angestiegen ist. Der Grund dafür ist offenbar, daß eine größere Nachfrage nach universitären Ausbildungsplätzen seitens der Entwicklungsländer im allgemeinen besteht. Der Ausbau des Sekundärschulwesens wie auch die diversen hochschulpolitischen Ereignisse in den Herkunftsländern beginnen sich auszuwirken. Ein Beispiel zur Problematik: In Nigeria wurden in den letzten 15 Jahren etwa 25 neue Universitäten gegründet. Jedes Jahr können zirka 10.000 Studienanfänger aufgenommen werden. Es bewerben sich aber durchschnittlich 100.000 um Aufnahme; d.h., die nicht aufgenommenen 90.000 (und das sind nicht die am besten qualifizierten!) hätten Grund, sich im Ausland um einen Studienplatz umzusehen. Spätestens hier wird sichtbar, daß Österreich nicht in der Lage ist, die Probleme auch nur der universitären Ausbildung eines Entwicklungslandes zu lösen, wobei diese Probleme in einer langfristigen Perspektive heute eine völlig andere Qualität als noch vor 20 Jahren haben.

Sechstens: Die Entwicklungshilfeverwaltung setzt als wesentlichstes Instrument der Förderung in diesem Bereich Stipendienprogramme ein. Zwei Trends zeichnen sich ab: Vereinbarung von gezielten Stipendienprogrammen mit Programmschwerpunktländern der Entwicklungshilfe, und Förderung von kurzfristigen Speziallehrgängen - sofern eine österreichische Institution etwa sinnvolles anzubieten hat - für Teilnehmer aus Entwicklungsländern, die zu Hause Arbeitsplätze haben und somit die in Österreich erworbenen Kenntnisse möglicherweise anwenden werden. In beiden Fällen werden österreichische Institutionen von der Entwicklungshilfe in der Weise unterstützt, längerfristige Kontakte und Kooperationen einzurichten.

Dr. Hermann Spirik
Bundesministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
Sektion VII
Annagasse 5
1010 Wien